

KV-Nr.: 250A

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt)
aus 10 Blatt und ist vollständig
durchnummeriert.

**Der Aufgabentext ist zu Beginn auf
Vollständigkeit zu überprüfen.**

Dev

01.03.2001

1. Aktenvermerk:

In der heutigen Sprechstunde erschien Herr Klaus Ambeck, Stapelbreite 36b, 33611 Bielefeld und bat um anwaltlichen Rat.

Herr Ambeck schilderte, dass er aufgrund seiner Alkoholprobleme schon mehrfach als Autofahrer mit dem Gesetz in Konflikt geraten sei. Gestern sei er nun erneut wegen Trunkenheit im Straßenverkehr und Fahrens ohne Fahrerlaubnis verurteilt worden. Das Gericht habe ihn zu einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Herr Ambeck erklärte, er wolle unbedingt etwas gegen das Urteil tun. An Unterlagen habe er nur die Anklageschrift und den Eröffnungsbeschluss, die er beide mitgebracht habe.

Nach Beratung mit Herrn Ambeck soll gegen das Urteil zunächst Rechtsmittel eingelegt werden. Nach Eingang des Protokolls und des Urteils sollen die Erfolgsaussichten der in Betracht kommenden Rechtsmittel geprüft werden.

2. Neues Mandat eintragen und Unterlagen sowie Vollmacht zu den Akten nehmen. *et 1.3. 110*

3. Schreiben an das Amtsgericht Bielefeld unter Beifügung einer Originalvollmacht, noch heute vorab per Fax: *et 1.3. 110*

In pp. bestelle ich mich zum Verteidiger des Angeklagten Klaus Ambeck. Strafprozessvollmacht ist beigelegt. Ich bitte, Zustellungen künftig nur an mich vorzunehmen.

Ich lege hiermit namens meines Mandanten gegen das Urteil des Amtsgerichts Bielefeld vom 28.02.2000, Akt.-Z. 10 Ds 42 Js 1321/00 (14/01),

Rechtsmittel

ein.

Die Begründung des Rechtsmittels wird umgehend nach Eingang des Urteils- und Hauptverhandlungsprotokolls eingereicht werden.

4. Ø v. 3) z.d.A.

5. WV 2 Wochen (Eingang Protokoll? Urteil?).

Radloff

Radloff

Staatsanwaltschaft Bielefeld
42 Js 1312/00

Bielefeld, den 15.12.2000

An das
Amtsgericht Bielefeld
- Strafrichter -
33595 B i e l e f e l d

A n k l a g e s c h r i f t

Der städtische Angestellte Klaus Ambeck, geb. am 26.02.1959 in Bielefeld, wohnhaft Stapelbrede 36b, 33611 Bielefeld, verheiratet, Deutscher,

wird angeklagt,

am 01.10.2000 in Unna

durch dieselbe Handlung

1. vorsätzlich im Verkehr ein Fahrzeug geführt zu haben, obwohl er infolge des Genusses alkoholischer Getränke nicht mehr in der Lage war, das Fahrzeug sicher zu führen, und
2. ein Kraftfahrzeug geführt zu haben, obwohl er die dafür erforderliche Fahrerlaubnis nicht hatte.

Dem Angeschuldigten wird Folgendes zur Last gelegt:

Am Tattage befuhr der Angeschuldigte, der keine Fahrerlaubnis besitzt, gegen 0.15 Uhr mit seinem Personenkraftwagen Opel Astra, amtl. Kz. BI-AX 602 in alkoholbedingtem fahruntüchtigem Zustand unter anderem die BAB 2, Fahrtrichtung Hannover, km 407,7. Dem Angeschuldigten war seine Fahruntüchtigkeit bewusst. Ihm war bekannt, dass er zum Führen eines Kraftfahrzeuges nicht berechtigt war.

Eine ihm um 0.30 Uhr entnommene Blutprobe ergab für den Entnahmepunkt eine Blutalkoholkonzentration von 1,20 %.

Durch die Tat hat sich der Angeschuldigte als ungeeignet zum Führen eines Kraftfahrzeuges erwiesen.

Vergehen, strafbar gemäß §§ 316 Abs. 1, 52, 69a StGB, 21 Abs. 1 Nr. 1 StVG.

Beweismittel:

I. Einlassung des Angeeschuldigten.

II. Zeugen:

POM Mersch, zu laden über die Bezirksregierung Arnsberg, Polizei-autobahnstation Kamen, Dortmunder Allee 6, 59147 Kamen.

III. Urkunden:

Blutalkoholgutachten des Chemischen Untersuchungsamtes der Stadt Hamm vom 06.10.2000.

Es wird beantragt, das Hauptverfahren vor dem

Amtsgericht Bielefeld

- Strafrichter -

zu eröffnen.

(Wessels, Oberamtsanwältin)

4

Amtsgericht - Strafrichter -

Ort und Tag

Bielefeld, den 16.01.2001

Geschäfts-Nr. (Bitte bei allen Schreiben angeben)

10 Ds 42 Js 1321/00 (14/01)

Anschrift/Fernruf

Gerichtsstr. 5/ 0521-549-0

Beschluß

In der Strafsache

gegen

den städtischen Angestellten Klaus Ambeck, geb. am 26.02.1959 in Bielefeld, wohnhaft Stapelbreite 36b, 33611 Bielefeld, verheiratet, Deutscher,

wegen

Vergehen, strafbar gemäß §§ 316 Abs. 1, 52, 69a StGB, 21 Abs. 1 Nr. 1 StVG.

der Staatsanwaltschaft

Bielefeld

vom

15.12.2000

Aktenzeichen

42 Js 1321/00

- mit folgenden Änderungen zur Hauptverhandlung zugelassen -

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird das Hauptverfahren

☒ gegen ihn ☐ gegen sie☒ vor dem Strafrichter☐ vor dem Schöffengericht☐ vor dem Jugendrichter☐ vor dem Jugendschöffengericht☒ eröffnet.

Die Untersuchungshaft

Moffel, Richter

Öffentliche Sitzung des Amtsgerichts

Geschäfts.-Nr.

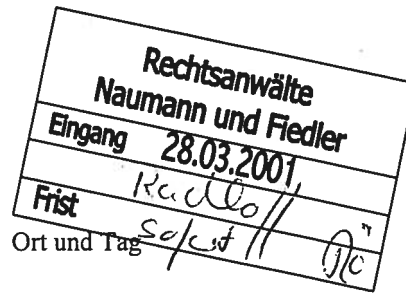
10 Ds 42 Js 1321/00 (14/01)

Gegenwärtig:

Richter Moffel
als Richter,

Referendarin Schulz
als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Justizangestellte Hanke
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle



Bielefeld, 28.02.2001

Strafsache

gegen

Klaus Ambeck

wegen

Trunkenheit im Straßenverkehr u.a.

Die Hauptverhandlung begann mit dem Aufruf der Sache.

Der Richter stellte fest, daß erschienen war :

- vorgeführt - der/die Angeklagte ,

als Verteidiger:

folgende r Zeuge und Sachverständige :

POM Mersch

Dauer der Hauptverhandlung

von 13.10 bis 13.45
(Uhrzeit) (Uhrzeit)

Die Führungsaufsichtsstelle/ Der Bewährungshelfer wurde von dem Inhalt der gerichtlichen Entscheidung fernmündlich unterrichtet am 28.02.2001 . Es wurde darauf hingewiesen, daß die Entscheidung - noch nicht - rechtskräftig ist.

Hanke, JAng
(Name, Amtsbezeichnung)

Die fernmündliche Mitteilung wurde unter Verwendung des Vordrucks BwH/FA 11 schriftlich bestätigt.

Hanke, JAng
(Datum, Name, Amtsbezeichnung)

6

Der/Die Zeuge - und der/die Sachverständige - wurde mit dem Gegenstand der Untersuchung und der Person des/der Angeklagten bekannt gemacht.

Der/Die Zeuge wurde zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß er/sie seine/ihre Aussage zu beenden habe/hätten, wenn keine im Gesetz bestimmte oder zugelassene Ausnahme vorliege.

Der/Die Zeuge wurde über die Bedeutung des Eides, die Möglichkeit der Wahl zwischen dem Eid mit religiöser oder ohne religiöse Beteuerung, über die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen Aussage sowie darüber belehrt, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung solcher Fragen beziehe, die ihm/ihr/ihnen über seine/ihre Person und die sonst in § 68 StPO aufgeführten Umstände vorgelegt würden.

Er/Sie wurde ferner darüber belehrt, daß er/sie berechtigt sei/seien, falls er/sie zu den in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen des/der Angeklagten oder eines derzeit oder früher Mitbeschuldigten gehöre, das Zeugnis und die Beeidigung des Zeugnisses zu verweigern.

Der/Die Zeuge wurde schließlich darüber belehrt, daß er/sie berechtigt sei/seien, die Aussage auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung ihm/ihr/ihnen selbst oder einem der in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.

~~Der/Die Sachverständige wurde gemäß § 76 Abs. 1 Satz 1 StPO darüber belehrt, aus welchen Gründen er/sie zur Verweigerung des Gutachtens berechtigt sei/seien. Der/Die Sachverständige wurde ferner über die Bedeutung des Eides und die Möglichkeit der Wahl zwischen dem Eid mit religiöser oder ohne religiöse Beteuerung belehrt.~~

Der/Die Zeuge entfernte sich darauf aus dem Sitzungssaal.

Der/Die Angeklagte, über die persönlichen Verhältnisse vernommen, gab an:

Die Personalien, so wie sie mir aus der Anklageschrift vorgehalten wurden, sind richtig.

~~Der Vertreter der Staatsanwaltschaft verlas den Anklagesatz aus der Anklageschrift vom (Blatt der Akten)~~

~~- mit der dem Eröffnungsbeschluß vom (Blatt der Akten) zugrundeliegenden rechtlichen Würdigung. -
Er äußerte hierzu seine abweichende Rechtsauffassung.-~~

~~- unter Berücksichtigung der Änderungen in dem Eröffnungsbeschluß vom (Blatt der Akten) -~~

Auf Verlesung der Anklageschrift wurde verzichtet.

Der/Die Angeklagte wurde darauf hingewiesen, daß es ihm/ihr/ihnen freistehe, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen.

Er/Sie erklärte: Ich bin/Wir sind zur Äußerung - nicht - bereit.

Ich bin städtischer Angestellter. Ich verdiene ca. 2.100 DM netto monatlich. Meine Ehefrau verdient ca. 1.400 DM netto monatlich. Kinder habe ich keine. Ich habe starke Alkoholprobleme.

Ich gebe die mir zur Last gelegte Tat zu. Es stimmt, dass ich am 01.10.2000 gegen Mitternacht mit meinem PKW alkoholisiert über die BAB 2 gefahren bin. Ich hielt mich allerdings noch für fahrtüchtig. Das Ganze tut mir sehr leid.

b.u.v.

Das Befundzeugnis des Chemischen Untersuchungsamtes der Stadt Hamm vom 06.10.2000 soll verlesen werden.

Der Beschluss wurde ausgeführt.

Auf die Vernehmung des Zeugen POM Mersch wurde allseits verzichtet. Der Zeuge wurde entlassen.

§ 243 II
§ 244 II

Der Bundeszentralregisterauszug vom 04.12.2000 wurde verlesen.
Die Vorstrafen wurden erörtert.

Nach der ~~Vernehmung eines jeden~~ ~~Zeugen~~ ~~Sachverständigen~~ ~~und der Mitangeklagten~~ sowie nach der Verlesung eines jeden Schriftstücks - wurde der/die Angeklagte befragt, ob er/sie etwas zu erklären habe/hätten.

Es wurden keine Erklärungen abgegeben.

Von der Verlesung des/der

wurde mit Einverständnis der Staatsanwaltschaft, der Verteidigung und des/der Angeklagten abgesehen. Der wesentliche Inhalt des/der Beweismittel(s) wurde mitgeteilt. Die Richter haben vom Wortlaut des/der Beweismittel(s) Kenntnis genommen, wozu den Schöffen jedoch erst nach Verlesung des Anklagesatzes Gelegenheit gegeben worden ist. ~~Die Beteiligten hatten ebenfalls Gelegenheit, vom Wortlaut Kenntnis zu nehmen.~~

Weitere Beweisanträge wurden nicht gestellt. Die Beweisaufnahme wurde geschlossen.

Die Staatsanwaltschaft und sodann der/die Angeklagte - und der/die Verteidiger - erhielten zu ihren Ausführungen und Anträgen das Wort.

Die Staatsanwaltschaft beantragte:
Freiheitsstrafe von 6 Monaten
Sperrfrist von 3 Jahren für Erteilung einer neuen Fahrerlaubnis

Der/Die Angeklagte - Der/Die Verteidiger -
beantragte :
Mildes Urteil.

Der/Die Angeklagte - Der/Die Verteidiger - hatte das letzte Wort.

Der/Die Angeklagte - wurde befragt, ob er/sie selbst noch etwas zu seiner/ihrer Verteidigung anzuführen habe/hätten -. Er/Sie erklärte :
Ich bitte, noch einmal auf eine Bewährungsstrafe zu erkennen.

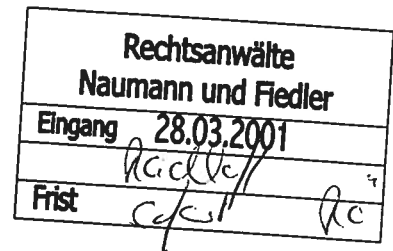
Das Urteil
wurde durch Verlesung der Urteilsformel und durch die mündliche Mitteilung des wesentlichen Inhalts der Urteilsgründe dahin verkündet:

Im Namen des Volkes!
Der Angeklagte wird wegen vorsätzlicher Trunkenheit im Straßenverkehr in Tateinheit mit vorsätzlichem Fahren ohne Fahrerlaubnis kostenpflichtig zu einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten verurteilt. § 56 II
Die Verwaltungsbehörde wird angewiesen, ihm vor Ablauf von noch 3 Jahren keine neue Fahrerlaubnis zu erteilen.

Die Rechtsmittelbelehrung wurde mündlich erteilt, dem Angeklagten wurde sie darüber hinaus in schriftlicher Form überreicht.

Die Verhandlung wurde um 13.45 Uhr geschlossen.

Das Protokoll wurde fertiggestellt am 28.02.2001



AMTSGERICHT BIELEFELD
IM NAMEN DES VOLKES
URTEIL

In der Strafsache

g e g e n

den städtischen Angestellten Klaus Ambeck, geb. am 26.02.1959 in Bielefeld, wohnhaft Stapelbrede 36b, 33611 Bielefeld, verheiratet, Deutscher,

w e g e n Trunkenheit im Straßenverkehr u.a.

hat das Amtsgericht Bielefeld
in der Hauptverhandlung vom 28.02.2001
an der teilgenommen haben:

Richter Moffel
als Richter

Rechtsreferendarin Schulz
als Beamter der Staatsanwaltschaft

Justizangestellte Hanke
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

für R e c h t erkannt:

Der Angeklagte wird wegen vorsätzlicher Trunkenheit im Straßenverkehr in Tateinheit mit vorsätzlichem Fahren ohne Fahrerlaubnis kostenpflichtig zu einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten verurteilt.

Die Verwaltungsbehörde wird angewiesen, ihm vor Ablauf von noch 3 Jahren keine neue Fahrerlaubnis zu erteilen.

§§ 316 Abs. 1, 52, 69a StGB, 21 Abs. 1 Nr. 1 StVG.

G r ü n d e

Der Angeklagte wurde am 26.02.1959 geboren, ist verheiratet und kinderlos. Er erzielt nach eigenen Angaben in seinem Beruf als städtischer Angestellter monatlich 2.100 DM netto. Seine Ehefrau hat eigene Einkünfte in Höhe von 1.400 DM netto. Der Angeklagte ist Alkoholiker.

Der Angeklagte ist bislang wie folgt strafrechtlich in Erscheinung getreten:

Am 02.07.1990 wurde er vom Amtsgericht Bielefeld wegen fahrlässiger Trunkenheit im Verkehr zu einer Geldstrafe von 40 Tagessätzen verurteilt. In diesem Verfahren wurde auf eine Sperre der Fahrerlaubnis bis zum 01.05.1991 erkannt.

Am 18.11.1992 wurde er vom Amtsgericht Bielefeld wegen Trunkenheit im Verkehr zu einer Freiheitsstrafe von 2 Monaten bei Strafaussetzung auf die Dauer von 3 Jahren verurteilt. Außerdem wurde in diesem Verfahren auf eine Sperre für die Fahrerlaubnis bis zum 17.11.1993 erkannt. Die Strafe wurde mit Wirkung vom 10.12.1995 erlassen.

Am 04.11.1999 wurde er vom Amtsgericht Bielefeld wegen vorsätzlicher Trunkenheit im Straßenverkehr zu einer Geldstrafe von 40 Tagessätzen verurteilt. In diesem Verfahren wurde auf eine Sperre für die Fahrerlaubnis bis zum 03.05.2001 erkannt.

Am 27.09.2000 wurde er vom Amtsgericht Bielefeld wegen vorsätzlicher Straßenverkehrsgefährdung infolge des Genusses alkoholischer Getränke Tateinheitlich mit fahrlässiger Körperverletzung und vorsätzlichem Fahren ohne Fahrerlaubnis zu einer Freiheitsstrafe von 3 Monaten verurteilt, deren Vollstreckung auf die Dauer von 3 Jahren zur Bewährung ausgesetzt wurde. In diesem Verfahren wurde auf eine Sperre für die Fahrerlaubnis bis zum 01.10.2002 erkannt.

Am 01.10.2000 fuhr der Angeklagte, der wusste, dass er zuvor Alkohol getrunken hatte, sich aber noch für fahrtüchtig hielt, in Kenntnis der Tatsache, dass er nicht im Besitz einer Fahrerlaubnis war, mit seinem PKW Opel Astra, amtl. Kz. BI-AX 602 die BAB 2 in Fahrtrichtung Hannover im Bereich der Gemeinde Unna. Eine ihm 15 Minuten nach dem Anhalten entnommene Blutprobe ergab eine Blutalkoholkonzentration von 1,20 ‰.

Die getroffenen Feststellungen beruhen auf der glaubwürdigen geständigen Einlassung des Angeklagten sowie dem verlesenen Befundzeugnis des Chemischen Untersuchungsamtes der Stadt Hamm vom 06.10.2000.

Durch sein Verhalten hat sich der Angeklagte wegen vorsätzlicher Trunkenheit im Straßenverkehr in Tateinheit mit vorsätzlichem Fahren ohne Fahrerlaubnis strafbar gemacht.

Bei der Strafzumessung war zu seinen Lasten zu berücksichtigen, dass er bereits viermal einschlägig in Erscheinung getreten ist und nur vier Tage nach der letzten einschlägigen Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe zur Bewährung erneut eine einschlägige Tat begangen hat. Zu seinen Gunsten war zu berücksichtigen, dass er sich umfänglich geständig eingelassen und reuig gezeigt hat.

Unter Berücksichtigung aller für und gegen den Angeklagten sprechenden Tatsachen kam hier nur eine zu vollstreckende Freiheitsstrafe in Betracht, da der Angeklagte durch sein Verhalten klar gezeigt hat, dass er sich allein von der Verhängung zur Bewährung auszusetzender Freiheitsstrafen nicht von einer Begehung gleichgelagerter Taten abhalten lässt. Das Gericht sah deshalb eine Freiheitsstrafe in Höhe von 6 Monaten als tat- und schuldangemessen an.

Die Entscheidung über die erneute Verhängung einer Sperrfrist für die Wiedererteilung einer Fahrerlaubnis beruht auf § 69a Abs. 1 u. 3 StGB.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 StPO.

Moffel

Ausgefertigt

Harke

Justizangestellte

als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



Vermerk für die Bearbeitung

Die Angelegenheit ist aus anwaltlicher Sicht zu bearbeiten. Dabei sollen auch Überlegungen zur Zweckmäßigkeit des Vorgehens angestellt werden.

Sollte eine Frage für beweiserheblich gehalten werden, so ist eine Prognose zu der Beweislage (z. B. Beweislast, Qualität der Beweismittel etc.) zu erstellen.

Werden Anträge an ein Gericht empfohlen, so sind diese am Ende des Vortrages auszuformulieren.

Die Formalien (Ladung, Zustellung, Unterschriften, Vollmachten) sind in Ordnung.

Ordnungswidrigkeiten sind nicht zu prüfen.

Begutachtungszeitpunkt ist der 29.03.2001.

Das Schreiben des Rechtsanwalts Radloff vom 01.03.2001 mit beigefügter Originalvollmacht ist beim Amtsgericht Bielefeld am 01.03.2001 vorab als Fax und am 02.03.2001 im Original eingegangen.

Das Urteil wurde Rechtsanwalt Radloff zusammen mit dem Hauptverhandlungsprotokoll am 28.03.2001 zugestellt. Der Mandant erhielt Abschriften des Urteils und des Hauptverhandlungsprotokolls mit einfacher Post am 27.03.2001.

Prüfervermerk zur Vortragsakte

Dem Vortrag liegt die Akte StA Dortmund, Akt.-Z. 44 Js 499/98, zugrunde.

Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er soll lediglich auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe für einen Aktenvortrag auszugeben.

I. Zulässigkeit des Rechtsmittels

Gegen das erstinstanzliche Urteil des Amtsgerichts Bielefeld - Strafrichter - sind die Berufung nach § 312 StPO und die Sprungrevision nach § 335 Abs. 1 StPO statthaft. Das Rechtsmittel dürfte form- und fristgerecht eingelegt worden sein. Die Berufung ist nach § 314 Abs. 1 StPO und die Revision nach § 341 Abs. 1 StPO binnen einer Woche nach Verkündung des Urteils schriftlich bei dem Gericht, dessen Urteil angefochten wird, einzulegen.

Es ist hier auch unschädlich, dass das Rechtsmittel zunächst nicht bestimmt bezeichnet worden ist, da die endgültige Wahl des Rechtsmittels noch bis zum Ablauf der Revisionsbegründungsfrist nach § 345 Abs. 1 StPO erklärt werden kann (Kleinknecht/Meyer-Goßner⁴⁴, § 335 StPO Rn. 3).

II. Begründetheit des Rechtsmittels

1. Nichtverlesung der Anklageschrift

Die Verlesung des Anklagesatzes gehört zu den wesentlichen Förmlichkeiten i.S.d. § 273 Abs. 1 StPO (Kleinknecht/Meyer-Goßner⁴⁴, § 273 StPO Rn. 18), deren Beobachtung nach § 274 StPO nur durch das Protokoll bewiesen werden kann. Da ausweislich des Hauptverhandlungsprotokolls auf die Verlesung der Anklage verzichtet wurde, steht damit fest, dass entgegen § 243 Abs. 3 S. 1 StPO die Anklageschrift nicht verlesen wurde. Ein Verstoss gegen § 243 Abs. 3 S. 1 StPO ist ein relativer Revisionsgrund i.S.d. § 337 Abs. 1 StPO. Die Verlesung der Anklage, die dazu dient, dem Angeklagten den ihm zur Last gelegten Vorwurf zur Kenntnis zu bringen und die Richter über den Gegenstand der Verhandlung zu unterrichten (Kleinknecht/Meyer-Goßner⁴⁴, § 243 StPO Rn. 13), ist auch ein so wesentlicher Verfahrensteil, dass in der Regel ein Beruhen des Urteils auf diesem Verfahrensverstoß zu bejahen sein dürfte. Etwas anderes kann in Ausnahmefällen dann gelten, wenn die Sach- und Rechtslage so einfach gelagert ist, dass ein Beruhen ausgeschlossen werden kann, oder feststeht, dass die Prozessbeteiligten auf andere Weise Kenntnis erlangt haben (Kleinknecht/Meyer-Goßner⁴⁴, § 243 StPO Rn. 38). Hier waren keine Laienrichter am Verfahren beteiligt, die noch über den Inhalt der Anklage hätten unterrichtet werden müssen. Aus der Einlassung des Mandanten ergibt sich auch, dass diesem der - einfach gelagerte - Tatvorwurf bekannt war.

2. Materielle Rechtlage

Dagegen dürfte die rechtliche Würdigung der Tat nicht rechtsfehlerfrei sein. Für die Prüfung der Erfolgsaussichten einer Revision sind dabei die Feststellungen des Urteils zugrunde zu legen. Für die Prüfung der Erfolgsaussichten einer Berufung ist dagegen auch die Beweislage zu überprüfen. Vorliegend entsprechen die Feststellungen im Urteil allerdings der Einlassung des Mandanten in der Hauptverhandlung. Der Mandant hat auch nicht geäußert, dass diese Einlassung unzutreffend gewesen sei, so dass von den Feststellungen des Urteils ausgegangen werden kann.

a. Der Mandant ist wegen vorsätzlicher Trunkenheit im Straßenverkehr nach § 316 Abs. 1 StGB verurteilt worden sein. Nach den Feststellungen des Urteils fuhr der Angeklagte am Tattage mit seinem PKW über die Autobahn. Eine ihm 15 Minuten nach dem Anhalten entnommene Blutprobe ergab eine BAK von 1,20 ‰. Danach dürfte der objektive Tatbestand des § 316 Abs. 1 StGB zu bejahen sein. Nach den weiteren Feststellungen wusste der Angeklagte, der Alkoholiker ist, dass er Alkohol getrunken hatte, hielt sich aber noch für fahrtüchtig. Diese Feststellungen dürften nur eine Verurteilung wegen Fahrlässigkeit nach § 316 Abs. 2 StGB tragen. Fahrlässigkeit liegt vor, wenn sich der Täter bewusst oder unbewusst fahrlässig irrig für fahrtüchtig hält (Tröndle/Fischer⁴⁹, § 316 StGB Rn. 9c). Dies dürfte hier nach der nicht widerlegten - und wohl auch nicht zu widerlegenden - Einlassung des Mandanten zu bejahen sein.

b. Dagegen dürften die Feststellungen eine Verurteilung wegen vorsätzlichen Fahrens ohne Fahrerlaubnis nach § 21 Abs. 1 Nr. 1 StVG tragen. Der Mandant wusste, dass er keine Fahrerlaubnis besaß und ist dennoch Auto gefahren.

III. Zweckmäßigkeit

Da der Mandant sich geständig eingelassen hat, dürfte es zweckmäßig sein, das Rechtsmittel der Sprungrevision nach § 335 Abs. 1 StPO zu wählen. Nach § 345 StPO ist die Revision binnen eines Monats nach Zustellung des Urteils durch Anwaltsschriftsatz oder zu Protokoll der Geschäftsstelle zu begründen.

Textkontrolle: StGB, StVO, StVG.